

Koppe, Karlheinz; Tremel, Alfred K.

## Thesen zu einer alternativen Sicherheitspolitik und Sicherheitspädagogik

*Zeitschrift für Entwicklungspädagogik* 4 (1981) 4, S. 27-36



Quellenangabe/ Reference:

Koppe, Karlheinz; Tremel, Alfred K.: Thesen zu einer alternativen Sicherheitspolitik und Sicherheitspädagogik - In: *Zeitschrift für Entwicklungspädagogik* 4 (1981) 4, S. 27-36 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-288162 - DOI: 10.25656/01:28816

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-288162>

<https://doi.org/10.25656/01:28816>

in Kooperation mit / in cooperation with:

# ZEP

Zeitschrift für internationale Bildungsforschung  
und Entwicklungspädagogik

"Gesellschaft für interkulturelle Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik e.V."

<http://www.uni-bamberg.de/allgpaed/zep-zeitschrift-fuer-internationale-bildungsforschung-und-entwicklungspaedagogik/profil>

### Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

### Kontakt / Contact:

peDOCS  
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation  
Informationszentrum (IZ) Bildung  
E-Mail: [pedocs@dipf.de](mailto:pedocs@dipf.de)  
Internet: [www.pedocs.de](http://www.pedocs.de)

Digitalisiert

Mitglied der

  
Leibniz-Gemeinschaft

INHALT

EDITORIAL .....	2
ULRIKE BAUMANN KONZEPTE ZUR WERTERZIEHUNG IN DER PÄDAGOGIK .....	3
KARLHEINZ KOPPE / ALFRED K. TREML THESEN ZU EINER ALTERNATIVEN SICHERHEITSPOLITIK UND SICHERHEITSPÄDAGOGIK .....	27
J. ABNER-PEDDIWELL DAS PALÄOLITISCHE JUGENDPROBLEM .....	37
ULRICH GREINER DIE WAHREN KÜNSTLER .....	47
ALFRED K. TREML MEIN ENTWICKLUNGSPÄDAGOGISCHES TAGEBUCH (6) .....	48
NACHRICHTEN - TIPS - TERMINE - INFOS .....	52
BUCHBESPRECHUNG (R. Ardila: <i>Futurum</i> 3) .....	54
KURZREZENSIONEN .....	56
<i>J. Becker: Afrikanische Literatur in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit S. 56; G. Döring: Handeln in Aktionsgruppen S. 56; E. Baumberger-Korbmacher: Chinas Trümmer von Reichtum und Macht S. 57; A. Th. Sonnleitner: Die Höhlenkinder S. 57; GEW Köln (Hg.): Die Schulbücher und der Befreiungskampf im südlichen Afrika S. 58; B. Stuum: Ferntourismus in Kenia S. 58; H. Oesterreich: Ferntourismus in Ländern der Dritten Welt S. 58; N. V. Zanolli: Handwerk - Eine Sprache im Dialog Süd-Nord S. 58; H. Strohm: Natur kaputt? S. 59; M. Kidron, R. Segal: Hunger und Waffen S. 59; Ev. Landeskirche (Hg.): Ökumene heute S. 59.</i>	
AUTORENVERZEICHNIS .....	60

KARLHEINZ KOPPE / ALFRED K. TREML

THESEN ZU EINER ALTERNATIVEN SICHERHEITSPOLITIK  
UND SICHERHEITSPÄDAGOGIK<sup>1)</sup>

I.

(1) Angesichts der rasant fortschreitenden Entwicklungen zu der einen Welt, in der die innerstaatlichen (gesellschaftlichen) und internationalen Wechselbeziehungen immer komplexer und damit auch immer störanfälliger werden, ist Sicherheit unteilbar und nicht länger allein eine Frage militärischer Verteidigungsbereitschaft.

Dieses neue Sicherheitsverständnis fragt nicht nur nach den potentiellen (möglichen) Bedrohungen, sondern nach den tatsächlichen Bedrohungen. Diese liegen heute und zunehmend im wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Bereich. Mehr als durch riesige Waffenarsenale und durch atomare Rüstung ist die Menschheit insgesamt durch Unterentwicklung, Ressourcenverknappung, Bevölkerungsexplosion, Nahrungsmangel, Verschmutzung von Wasser, Luft und Boden bedroht. Bei einem ersten begrenzten Atomschlag könnten zwar auf einen Schlag zwölf Millionen Menschen vernichtet werden, aber jedes Jahr sterben zwölf Millionen Kinder in der Dritten Welt an Unterversorgung. Bei einem solchen Atomschlag würde ein Territorium von der Größe Österreichs auf Jahre oder Generationen verseucht und unfruchtbar werden, aber alljährlich geht der Menschheit ein fruchtbares Territorium in der Größe Österreichs durch Erosion, Überdüngung, Einsatz chemischer Schädlingsbekämpfungsmittel verloren. Mit einem Bruchteil der Mittel, die jährlich für militärische Verteidigung aufgewandt werden (1981 ca. 1.000 Milliarden DM), könnte diesem latenten Sterben und dieser Erosion Einhalt geboten werden. Zum Vergleich: An öffentlichen Entwicklungshilfe werden alljährlich lediglich 70 Milliarden DM aufgewandt!

---

1) Für den Teil I zeichnet Karlheinz Koppe verantwortlich, für den Teil II Alfred K. Tremel, der lediglich analog zu den Thesen in Teil I die Konsequenzen für die Pädagogik formuliert hat. Übereinstimmend haben beide Autoren beschlossen, den Beitrag gemeinsam zu verantworten.

Es ist deshalb dringend geboten, mit einer Umschichtung der Ressourcen von der militärischen Rüstung in die anderen sicherheitsbedrohenden Gefahrenherde - Überwindung von Unterentwicklung, Neuordnung der Weltwirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage größerer internationaler Verteilungsgerechtigkeit, ressourcenschonende Prozesse, Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts - zu beginnen. Die Notwendigkeit militärischer Verteidigung wird dadurch nicht aufgehoben, wohl aber relativiert. Abrüstung wird dadurch erleichtert.

(2) Sicherheit ist im Zeichen dieser Entwicklung zu der einen Welt und auch im Zeichen der Massenvernichtungswaffen immer auch die Sicherheit des Anderen. Hermut Schmidt spricht in diesem Zusammenhang von der "Sicherheitspartnerschaft", in die auch die Sowjetunion - und natürlich auch die Länder der Dritten Welt - einbezogen werden müssen. Das setzt Empathie, ein Sich-hineinversetzen-können in die Bedrohtheitsvorstellungen eines mutmaßlichen Gegners voraus, wobei Verständnis für den Anderen nicht zwangsläufig Billigung oder Rechtfertigung bedeutet.

Es gibt ein Recht auf Verteidigung. Da es auch weiterhin in den internationalen Beziehungen unterschiedliche Machtpotentiale, unterschiedliche Interessen und dadurch immer wieder Konflikte geben wird und bis auf weiteres keine ausreichenden völkerrechtlichen (gewaltfreien) Konfliktregelungsmechanismen erkennbar sind, wird es auch bis auf weiteres militärische Vorsorgemaßnahmen geben. Diese Instrumente können umso geringer sein, je stärker Macht demokratisch kontrolliert wird und gesellschaftliche Ordnungen gerecht strukturiert sind.

Das Recht auf Verteidigung muß jedoch angemessen ausgeübt werden. Der defensive Charakter solcher Verteidigung muß auch dem Gegner vermittelt und von diesem erkannt werden. Verteidigungsmaßnahmen und -aufwand sind daraufhin ständig zu überprüfen. Dazu gehört auch die Überlegung, ob die Verteidigungsstruktur von Streitkräften der jeweiligen Situation noch angemessen ist. Im Falle Westeuropas und der Bundesrepublik Deutschland bedeutet das die Prüfung alternativer Verteidigungsmodelle wie das Konzept der dezentralisierten Verteidigung ("Techno-Kommandos" u.a.), wie es in anderen Ländern (Öster-

reich, Schweiz, Schweden, Frankreich) geprüft und teilweise schon erprobt wird.

(3) Das Konzept der atomaren Abschreckung verstößt gegen die genannte Regel (Sicherheit ist auch die Sicherheit des Anderen) in besonderer Weise. Sie beruht auf dem Prinzip der Androhung von Vergeltung. Sie soll unter Androhung massiver Zerstörung einen Gegner von Angriffshandlungen abhalten. Im Falle des westlichen Konzepts der erweiterten Abschreckung (flexible Reaktion) läßt sie den Gegner darüber hinaus im Unklaren, wie und in welcher Weise die Vergeltung erfolgen wird.

Das Abschreckungskonzept ist auf das Prinzip grundsätzlichen Mißtrauens gegründet. Der Gegner wird als böartig und unvernünftig angesehen, denn sonst wäre ja eine so massive Drohung nicht notwendig. Es wird aber auch von ihm erwartet, daß er sich rational - also vernünftig - verhält, weil sonst das Abschreckungssystem nicht funktioniert. Die Erwartung, daß ein unvernünftiger Gegner sich vernünftig verhalten soll, ist in sich ein Konfliktfaktor ersten Ranges. Hinzu kommt die ständige Gefahr, daß das Drohsystem der Abschreckung durch Fehleinschätzung, menschliches oder technisches Versagen zusammenbricht.

Die Annahme, daß der Nicht-Krieg zwischen Ost und West dank der Abschreckung seit über 35 Jahren gewährleistet wurde, ist nicht begründet. Weder kann bewiesen werden, daß der Ausbruch eines größeren Konflikts durch - oder allein durch - die Abschreckung verhindert wurde, noch ist die Tatsache, daß es seit 35 Jahren keinen Krieg in Europa gegeben hat, eine Garantie dafür, daß dies auch künftig zu sein wird. Andererseits ist der Hinweis darauf, daß in der Vergangenheit Rüstung immer zum Krieg geführt habe, auch nicht stichhaltig, denn bis zum Zweiten Weltkrieg wurde Rüstung stets als Vorbereitung zum Krieg begriffen und nicht als Instrument zur Vernichtung ganzer Landesteile und der dort lebenden Menschen.

Das ethische Moment, daß die Abschreckung mit etwas droht, was dem Menschen auszuführen nicht erlaubt ist - nämlich Massenmord - auch nicht als legitime Verteidigung, kann deshalb nicht außer acht gelassen werden. Der Abbau des Abschreckungssystems ist aus allen diesen Gründen die vordringlichste Aufgabe. Diese Dringlichkeit rechtfertigt sowohl einseitige Schritte (siehe weiter unten!) und

erfordert vertrauensbildende Maßnahmen nicht nur im militärischen Bereich, sondern vor allem wirtschaftliche, insbesondere energiepolitische, soziale, ökologische und kommunikative Kooperationen zwischen Ost und West, Nord und Süd.

(4) Das Gleichgewichtsdanken ist für den Abbau des Abschreckungssystems wenig hilfreich. Das von beiden Seiten immer wieder vorgelegte militärische Datenmaterial überzeugt nicht. Es dient in erster Linie, die eigene Unterlegenheit und die gegnerische Überlegenheit zu dokumentieren - zur Legitimation der eigenen Aufrüstung. Die bei den üblichen Datenvergleichen vorgelegten Zahlen sind dabei ziemlich unstrittig. Umstritten ist die Zuordnung der einzelnen Waffensysteme zu den einzelnen militärstrategischen Optionen (bekanntestes Beispiel: Sind die amerikanischen U-Boot-Raketen im Nordatlantik dem interkontinentalen strategischen System oder dem eurostrategischen Mittelstreckensystem zuzurechnen?).

Das globale Gleichgewicht (nach wie vor durch eine westliche Überlegenheit gekennzeichnet) setzt sich aus einer Summe regionaler Ungleichgewichte zusammen, die nicht isoliert betrachtet werden dürfen. Carl Friedrich von Weizsäcker charakterisiert diesen Zustand wie folgt: "Die sowjetische Verteidigung ist insgesamt defensiv angelegt, aber Westeuropa gegenüber höchst bedrohlich. Die Konsequenz kann nicht sein, in Europa militärisches Gleichgewicht herzustellen (denn das hieße, der Sowjetunion eine bedrohliche globale Überlegenheit aufzuzwingen), sondern Sicherheit durch Kooperation innerhalb des Bündnisses unteilbar zu machen und durch militärische, wirtschaftliche und kommunikative Kooperation zu stärken.

(5) Vor diesem Hintergrund sind erste, auch einseitige Schritte effektiver Abrüstung geboten, vor allem so lange ausreichende Abschreckungspotentiale vorhanden sind. Einseitige Schritte müssen so substantiell sein, daß sie von der internationalen Öffentlichkeit als solche erkannt werden und damit die andere Seite in Zugzwang bringen. In Verbindung mit wirtschaftlichen und insbesondere energiewirtschaftlichen Kooperationsangeboten ist der anderen Seite zu signalisieren, daß sie wirtschaftlich ins Hintertreffen gerät, wenn sie nicht ihrerseits Abrüstungsmaßnahmen einleitet.

Unbeschadet solcher gradueller Abrüstungsmaßnahmen sind alle Möglichkeiten bilateraler und multilateraler Abrüstungsverhandlungen zu nutzen. Auch derjenige, der den NATO-Beschluß, ab 1983 in Westeuropa neue atomare Mittelstreckenwaffen zu stationieren, als militärisch unnötig und politisch schädlich einschätzt, sollte die Bundesregierung ebenso wie die beiden letztlich entscheidenden Regierungen in Washington und Moskau ermutigen, die Verhandlungen über atomare Mittelstreckenwaffen in Europa ebenso wie weitere Verhandlungen über Reduzierung von strategischen Waffen und konventionellen Waffen (und Streitkräften) voranzutreiben.

(6) Folglich ist es legitim, wenn sich die Gruppen der Friedenbewegung zuerst an die eigenen Regierungen - in der Bundesrepublik also an die Bundesregierung - wenden. Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik sollte nicht nur als eine Herausforderung an die Bundesregierung, sondern auch als Herausforderung an Washington und Moskau begriffen werden, den Rüstungswettlauf einzustellen und mit tatsächlicher Abrüstung zu beginnen. Es ist durchaus vorstellbar und wünschenswert, die Zielsetzung der Friedensbewegung, Sicherheit durch allgemeine und kontrollierte Abrüstung zu stärken, die erklärtermaßen von den meisten Regierungen - einschließlich der Bundesregierung - geteilt wird, mit rationalen Rüstungskontroll- und Abrüstungsschritten in Richtung dauerhaften Kriegsverhütung und positiver Friedensgestaltung zu verknüpfen.

(7) Abrüstungsmaßnahmen der beiden Bündnisse in Ost und West sind eine entscheidende Voraussetzung für Abrüstung in der Dritten Welt, die sich politisch am Beispiel der Industriestaaten orientiert und seit zehn Jahren erheblich schneller aufrüstet als die Staaten der NATO und der WPO. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, daß der Westen erheblich mehr Waffen und Anlagen für Rüstungsproduktion in die Dritte Welt liefert als der Osten. Insbesondere ist der Westen vor der Illusion zu warnen, durch Waffenhilfe an Länder der Dritten Welt oder direktes militärisches Engagement politische Versäumnisse korrigieren zu können. Allen "Einbrüchen" der Sowjetunion in der Dritten Welt von Kuba, Jemen, Äthiopien, Angola, Mosmbik, Libyen bis zu Afghanistan sind nachweisbar westliche Fehleinschätzungen und westliches Fehlverhalten vorangegangen.

Eine Begrenzung des Rüstungsexports in die Dritte Welt muß deshalb von eigenen Abrüstungsmaßnahmen sowie durch angemessenes politisches und wirtschaftliches Verhalten gegenüber den Ländern der Dritten Welt ergänzt werden.

(8) Rechtzeitig ist für den Fall des Abbaus von Rüstungsproduktionen Vorsorge zu treffen. Das erfordert eine Auseinandersetzung mit dem sogenannten Militärisch-Industriellen-Staatsbürokratischen Komplex (MIS-Komplex). Die Industrie ist nicht vorrangig an der Waffenproduktion, sondern am relativ leichten Profit in der Rüstungsindustrie, die von öffentlichen Aufträgen abhängt, interessiert. Bei der Umstellung auf zivile Produktionen (Konversion) ist deshalb darauf zu achten, daß im gleichen Umfang, in dem Rüstungsproduktionen eingestellt werden, öffentliche Mittel weiter investiert werden und zwar vorrangig in entwicklungstechnischen, agrarbiologischen und umwelttechnischen Bereichen.

Die Technologie - insbesondere die Rüstungstechnologie - muß wieder dem Primat der Politik unterworfen werden. Mehr noch als Die Sowjetunion läuft der Westen wegen der dort herrschenden marktwirtschaftlichen Dynamik Gefahr, daß das technologisch Machbare die politische Entscheidungen beherrscht. Die These, daß entscheidende technologische Neuerungen, die auch dem zivilen Sektor zugute kommen, ohne die Rüstungstechnologie nicht möglich seien, ist falsch. Zahlreiche hochmoderne Waffensysteme sind ohne Innovationen, die zuvor im zivilen Bereich hervorgebracht worden sind, nicht denkbar (Beispiel: Mikroprozessoren). Richtig ist nur, daß der Rüstungssektor 40% (!) der wissenschaftlich-technischen und finanziellen Kapazitäten in Beschlag legt, die der dringend benötigten zivilen Entwicklung entzogen sind.

(9) Mit meiner vorletzten These möchte ich den Versuch wagen, eine Brücke zu den ökologischen Bedingungen von Sicherheit und Frieden zu schlagen:

Analog zur Natur, in der das jeweils schwächste Glied in Tier- und Pflanzenwelt zugleich das empfindlichste ist und deshalb zu allererst leidet und vernichtet wird, wenn die Umweltbedingungen gestört werden, kann man vermuten, daß umfassende Sicherheit dann herrschen wird, wenn auch die schwächsten Glieder der menschlichen

Gesellschaft - Behinderte, sozial Schwache, Arbeitslose, Randgruppen, Gastarbeiter, Zigeuner - sich sicher fühlen.

(10) Nicht das System wird überleben, das die bessere militärische Verteidigung organisiert, sondern das System, das die besseren wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Überlebensstrukturen schafft - nicht nur national und bündnisintern, sondern global als solidarische Verpflichtung.

## II.

(1) "Sicherheit" ist ein grundlegendes Menschenrecht und muß deshalb auch als eine zentrale pädagogische Kategorie in den Blick kommen. Friedenspädagogik sollte deshalb in grundlegender Weise auch als Sicherheitspädagogik verstanden werden. Eine Erziehung zur Sicherheit hilft jene Spannungen abzubauen, die aus Unsicherheit entstehen und ist deshalb immer auch ein Stück weit Friedenserziehung.

Dagegen sehen wir jedoch, daß in Schulen und Betrieben, in Büros und Fabriken, die Menschen ständig zur Unsicherheit erzogen werden. Willkür und Ungewissheit im sozialen Umgang, Folgenlosigkeit des politischen Engagements, industrielle Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, Anhäufung von Waffensystemen in unvorstellbarem Ausmaße, Undurchschaubarkeit der Lebenswelt, persönliche Einflußlosigkeit und Ersetzbarkeit - und vieles andere mehr - all das verunsichert in zunehmenden Maße die Menschen bei uns. Unsicherheit aber erzeugt Angst, Aggressionen oder Apathie - alles schlechte Ratgeber bei der Bewältigung individueller und gesellschaftlicher Krisen.

Eine Erziehung zur Sicherheit muß Sicherheit nicht nur anzielen, sondern immer auch schon voraussetzen; genauer gesagt: Sie muß als Erziehung Sicherheit vermitteln und damit das Ziel schon in den Methoden seiner Verwirklichung widerspiegeln.

(2) Sicherheit ist immer auch die Sicherheit des Anderen. Deshalb muß eine Erziehung zur Sicherheit in erster Linie zur Empathie und Rücksichtnahme erziehen. Die Fähigkeit, sich in die Gefühle,

Interessen und Bedürfnisse der Anderen hineinzusetzen und darauf praktisch auch Rücksicht zu nehmen, heißt letzten Endes: zu lernen, seine eigenen Interessen und Motive zu überprüfen und in Richtung auf verallgemeinerungsfähige Interessen zu überschreiten. Das ist grundlegend für jedes ethisch begründete Handeln, als das sich auch und gerade Friedenspädagogik verstehen muß.

Weil die Sicherheit des Einen aber auch die Unsicherheit des Andern sein kann, darf sich das Grundrecht auf Sicherheit nur auf die Sicherheit der menschlichen Grundbedürfnisse, nicht aber auf ungleiche und ungerechte Gesellschaftsstrukturen (z.B. Eigentumsverhältnisse) beziehen. Wer das Grundrecht auf Sicherheit mit der Unantastbarkeit ungleicher Gesellschaftsstrukturen verwechselt, übersieht, daß gerade die ungleiche und ungerechte Verteilung von Sicherheit eine der wichtigsten Ursachen für Unsicherheit, für Spannungen und Unfrieden und Krieg ist. Für Pädagogik kann dies einmal heißen, überflüssige Ungleichheiten, die z.B. Schüler (oder Lehrer) verunsichern, abzubauen oder mindestens aber zu thematisieren und damit durchsichtig zu machen. Analog zur Natur, in der das jeweils schwächste Glied das zugleich empfindlichste ist, muß Sicherheitserziehung in erster Linie die Sicherheit der schwächsten Glieder der menschlichen Gesellschaft anstreben (Verfolgte, Gefolterte, Diskriminierte, Benachteiligte). Zum ändern aber muß Sicherheitserziehung auch die Sicherheit grundlegender Bedürfnisbefriedigungen anerkennen, wie etwa die persönliche (psychische und physische) Unversehrtheit, die Anerkennung der Glaubwürdigkeit und Andersartigkeit als Person, das Recht auf Teilnahme und Mitbestimmung an solchen Entscheidungen, von denen ich betroffen bin u.a.m. Sicherheitserziehung heißt aber auch Erziehung zur Kritik jener Verhältnisse, die Sicherheiten auf Kosten von Unsicherheiten erkaufen.

(3) Das Konzept der Abschreckung durch Strafe muß in der Pädagogik abgelöst werden durch das Konzept des Vertrauens. Eine Pädagogik als Abschreckung, die auf dem Prinzip grundsätzlichen Mißtrauens gegründet ist, dürfte leider eher die Regel als die Ausnahme an unseren Schulen sein. An die Stelle ständigen Mißtrauens sollte gegenseitiges Vertrauen treten. Vertrauen heißt immer: Vertrauen auf Vorschuß. Aber Vertrauen als einseitige Vorleistung kann auch

mißbraucht werden. Deshalb ist es notwendig, daß derjenige jeweils den ersten Schritt macht, der in der stärkeren (=sicheren) Position ist, und grundlegende Sicherheiten auch im Falle eines Mißbrauchs nicht berührt werden.

Wo z.B. der Lehrer grundsätzlich davon ausgeht, daß er von seinen Schülern angelogen wird, kann kein gegenseitiges Vertrauen mehr entstehen. Ein solcher Lehrer wird gerade das erzieherisch ernten, was er ständig prophezeit. Im erzieherischen Verhältnis muß die Glaubwürdigkeit der daran unmittelbar Beteiligten grundsätzlich unterstellt werden, wenn Vertrauen Ziel (und Voraussetzung) von Erziehung sein soll.

Vertrauen kann nicht verordnet werden, sondern muß von Jugend auf und lebenslang eingeübt werden. Man lernt Vertrauen nur durch Vertrauen.

(4) Nur eine Erziehung zur Selbstsicherheit kann jenen folgenreichen Mechanismus vermeiden, der Minderwertigkeits- und Unterlegenheitsgefühle durch Aggressionen auf Außenseiter und potentielle Gegner zu kompensieren versucht. Erziehung zur Selbstsicherheit heißt, Gegenmachtserfahrungen zu ermöglichen, Erfahrungen der eigenen persönlichen Wichtigkeit. Selbstsicher ist der relativ autonome Mensch, der in überschaubaren Strukturen die Wirkungen seiner Handlungen (und Unterlassungen) noch erfährt. Das aber spricht für kleinere Schulen, überschaubarere Gemeindestrukturen und Mitbeteiligung an Entscheidungen als direkt Betroffener. Der selbstsichere, autonome Mensch als Ziel einer Sicherheitspädagogik kann sich im Notfall angemessener verteidigen als ein anonymer, ausdifferenzierter Sicherheitsapparat; er wird auch eher fähig sein zu Kompromissen, zum Nachgeben, aber auch zum Überprüfen alter, eingeschliffener Gewohnheiten und zum Ausprobieren neuer Handlungsmuster.

(5) Nicht das Schulsystem wird überleben, das am besten organisiert ist, sondern jenes, das

- zu Menschen erzieht, die sich in andere hineinversetzen und auf sie Rücksicht nehmen können,
- zu Menschen, die so selbstsicher und autonom sind, daß sie Vertrauen ausstrahlen und anderen schenken können,
- zu Menschen, die aber auch fähig sind zur Kritik und zum Engagement gegenüber ungerechten Strukturen, die andere Menschen verunsichern,
- zu Menschen, die gewohnt sind, in vernetzten ökologischen Kreisläufen zu denken, zu leben und diese zu achten.

Diese Ziele wird ein Erziehungssystem nur erreichen können, wenn es seine Struktur (insb. seine Organisation) diesen Zielen unterordnet und neu definiert. Solange über die Struktur der Erziehung die eigentlichen Funktionen latent ablaufen, bleiben die schönsten Ziele nur Täuschung. ■

